Kleine Anfrage

der Abgeordneten Rollmann, Dr. h.c. Güde und Genossen

betr. Strafvollzug

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Große Strafrechtsreform ohne eine gleichzeitig in Kraft tretende Reform des Strafvollzuges kriminalpolitisch ihr Ziel verfehlen würde?
- 2. Wird die Bundesregierung, nachdem der Sonderausschuß für die Strafrechtsreform eine Vorentscheidung für das System der Strafen und Maßregeln getroffen hat, nunmehr eine Große Strafvollzugskommission berufen?
- 3. Für wann beabsichtigt die Bundesregierung die Vorlage eines Entwurfs eines Bundesstrafvollzugsgesetzes?
- 4. Welche Anregungen hat der Herr Bundesminister der Justiz gemäß seinen Ausführungen in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 18. Januar 1967 den Justizministern der Länder für eine Überprüfung der geltenden Landesrichtlinien für den Strafvollzug gegeben?
- 5. Wie steht die Bundesregierung zu dem dem Herrn Bundesminister der Justiz am 27. Oktober 1966 vom Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland übermittelten Vorschlag der Strafvollzugskommission der EKD, bereits jetzt in das geltende Strafgesetzbuch einen Paragraphen "Aufgaben des Vollzuges von Freiheitsstrafen" aufzunehmen?
- 6. Ist bei den Bundesländern nunmehr die Bereitschaft vorhanden, gemäß dem Beschluß des 4. Deutschen Bundestages vom 25. Mai 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Bundesländern ein Abkommen über die Errichtung, die Aufgaben und die Finanzierung eines zentralen Institutes zur Ausbildung und Fortbildung von Strafvollzugsbediensteten abzuschließen?

Berlin, den 8. März 1967

Unterschriften umseitig

Rollmann

Dr. h. c. Güde

Dr. Arnold

Benda

Dr. Franz

Glüsing (Dithmarschen)

Gottesleben

Josten

Dr. Klepsch

Lampersbach

Dr. Luda

Meis

Frau Schroeder (Detmold)

Springorum

Dr. Vogel (Speyer)

Wieninger

Baron von Wrangel